

Wochenblatt

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Wochenbl.“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), Verantwortlicher Redakteur für den Teil Soziales und Politisches Herr. Wendemann, für die literarische Abteilung Richard Müller, Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königspl. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 80 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 Mk. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigerpreis 25 Pf. Die 7. und 8. Nummer 20 Pfennig, Inzerate u. auswärts 25 Pfennig, im Restamtell. Seite 76 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 136.

Halle, Montag den 17. Juni 1918.

2. Jahrgang.

In der Sadgasse.

Unter den niederstimmenden Schlägen der deutschen Frontlinie gefallt sich die Lage in Frankreich immer tiefer. Nach der Stimmung in Frankreich unterzuckt der nachfolgende überkritische Artikel, den wir dem D a m b u r g e r G e n o entnehmen.

Seit die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916 mit Hohn und Spott zurückgewiesen und mit erneuter Proklamierung ihrer Eroberungsziele beantwortet hat, seit sie es verschmähte, sich an den Friedensverhandlungen von Vrest-Vitovitz zu beteiligen, bei denen wiederum die Gelegenheit zu einer Verständigung geboten war; seit infolge dessen Anstand völlig aus der Reihe der kämpfenden ausgeschieden ist, ebenso Rumänien und England, Frankreich und Italien allein auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sind, nur noch gestützt durch die bogen Schirmungen auf das erblinde Eintreffen harter amerikanischer Hilfe — seitdem ist die Entente immer mehr in eine Sadgasse hineingekommen. Militärisch sowohl wie politisch. Ihre Staatsmänner haben im blinden Vertrauen in die Kriegsergebnisse den Trost der Mittelmächte, die ihnen den Kriegszug zum Beständigen geworden ist, auch nicht erkannt, daß die Friedensverhandlungen von Vrest-Vitovitz die letzte Gelegenheit bieten, noch zu einem wirklichen Verständigungsfrieden zu kommen, obwohl sie sich fragen mußten, ob die militärische Situation mit dem Abbruch des Friedens im Osten sich für die übrigen Ententeblöcke viel schwieriger gestalten müßte, weil mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Deutschlands Schwachheit im Westen sich ungemessen verstärken müßte, so daß die amerikanische Hilfe, selbst wenn sie rechtzeitig in ausreichender Stärke eintrifft, höchstens das Ausweichen der Außenfront erleichtern konnte.

Die großen Erfolge der seit März d. J. aufgenommenen deutschen Waffenlieferung haben für die Ententeblöcke der deutschen Frontlinie nicht mehr zu betretende Vorteile erbracht und vor allem die Franzosen, die unter den kämpfenden Blöcken am meisten zu leiden haben, aus der verhängnisvollen Selbstzufriedenheit erweckt und ihnen die Augen darüber geöffnet, daß die Entente in ihrer letzten Kriegsmacht sich in eine Sadgasse verrennt hat, aus der einen Ausweg zu finden nun sich jetzt verweigert hat. Das Resultat ist eine grenzenlose Verwirrung, über die zu uns meist nur sehr spärliche und unbestimmte Nachrichten herüberdringen. Unter den deutschen Schlägen an der Westfront ist die „heilige Einigkeit“, die sich die Jerschütterung Deutschlands zum Ziele gesetzt hatte, zum Bruch gekommen. Der „Tiger“ Clemenceau, dessen brutale Rücksichtslosigkeit den Sieg erzwingen sollte, sieht sich einer wachsenden Opposition gegenüber und fristet sein Leben als Ministerpräsident nur noch, weil man in der Stunde der höchsten Not und Gefahr nicht eine Arie herausbekommen will, wohl aber auch noch deshalb, weil der Mann fehlt, der das Jenseits davon hat, das unglückliche Land aus der furchtbaren Lage zu befreien. Das Jenseits nur ein Mann sein, der den Frieden ehrlich will und bereit ist, ihn herbeizuführen unter Bedingungen, die der bestehenden militärischen Situation Rechnung tragen, d. h. unter Verzicht auf alle Eroberungsabsichten der Entente und auf die wirtschaftliche Niederwerfung Deutschlands. Aber der Mann, der dazu berufen sein könnte, ist mit anderen Friedensfreunden von Clemenceau hinter Schloß und Riegel gesetzt, und so lange der „Tiger“ am Ruder ist, wird er die Friedensstrebenden weiter verfolgen.

Doch die Opposition gegen ihn wächst und auch die französischen Mehrheitssozialisten, die mit den verschiedenen Kriegsergebnissen durch die und durch gegangen sind, ja, die zum Teil selbst mit geschoben haben, zuerst neutrale Staaten mit in den Kriegszug hineinzuziehen, beginnen nun Frankreich nicht völlig unter der Hand der Feinde und Verbänden seiner Regierungen zusammenzuführen soll. Der Jorn der Entschieden ist nicht sich natürlich nicht gegen sie selbst, sondern gegen den lebenden Mann Clemenceau, der unter ihrem Beifall als letzter Stellvertreter Frankreichs an die Spitze der Regierung gestellt wurde. Er war der Wille der Vertreter der Kriegspartei, aber auch deren letzter Mann, berufen, den Kriegszug zum Ende zu bringen und die Opfer zu trennen, aber auch die Katastrophe vorzubereiten. Nach ihm kann nur eines kommen, der bereit ist, den Krieg zu liquidieren.

Darum ist es von großer Bedeutung, daß auch bei den Mehrheitssozialisten endlich die Erkenntnis erwacht, daß man auf Clemenceaus Wege nicht mehr weiter kommen kann. Kennzeichnend dafür ist eine Ausschlusskammer des in der Gummite, die schon in voriger Woche erfolgte. Er hat sich dort:

Die Angelegenheit der französischen Frontlinie hat die demokratische Sadgasse geöffnet. Die Eroberungsziele der Ententeblöcke Clemenceau nicht ganz auf die Verantwortung übertragen kann, hat die militärische Sadgasse geöffnet. Die Art, wie gegenwärtig die Arbeiterklasse durch brutale Regierungenmaßnahmen, die wir noch nicht benutzten haben, behandelt wird; ist im Begriff, die sozialistische Sadgasse zu öffnen, und die Bewegung des Arbeiterbewusstseins führt uns hin zu der Sadgasse bezüglich der Beziehungen zwischen Regierung und Parlament. Wandler, der für Clemenceau ge-

klammert hat, entschuldigend sich heute und erklärt sein Wort mit fälschlicher Weise. Die Sadgasse erhebt allen deutlich, wie man Frankreich noch lange darin lassen?

Auch der gewesene Minister Sembat, ebenfalls Mehrheitssozialist, meint in der Vorrede, das jüngste Vertrauensvotum für Clemenceau sei ein vergebliches gewesen, und bemerkt:

Wir haben geschwiegen, so oft wir konnten, aber wenn wir jetzt schweigen würden, so würden die Tatsachen sprechen. Die Politiker, die mit Schreden Frankreichs Schicksal in solchen Händen geben, werden täglich zahlreicher.

Das der ehemalige Munitionsrat Albert Thomas die Lage nicht nur als ernst, sondern als besonders bedrohlich hatten wir schon hervorgehoben. Er will das Vertrauen zur Regierung dadurch wieder herstellen, daß sofort entscheidende Entschlüsse getroffen werden, wenn sie auch schwer fallen und als große Opfer erdienen mögen. Es müsse mit Methode und Kaltblütigkeit vorgegangen werden.

Die Führer der französischen Mehrheitssozialisten sind also mit Herrn Clemenceau und den Resultaten seiner Kriegspolitik tief unzufrieden; von dieser Politik selbst aber scheinen sie sich noch keineswegs abwenden zu wollen. Auch ihre Forderungen beruhen wohl noch darauf, daß die amerikanische Hilfe die Situation für Frankreich wieder günstiger gehalten werde. Die von Clemenceau betriebene Politik ist ja auch die bis zur äussersten Konsequenz anseltaltete Politik seiner Vorgänger, an der die Mehrheitssozialisten durch die von ihnen gestellten Minister und durch die Verteilung einer internationalen Verantwortung unter den Sozialisten aller Länder bekräftigt worden sind. Wenn sie heute darüber sagen, daß diese Politik in eine Sadgasse geführt habe, so wollen sie sich selbst und anderen auch einreden, daß auf sie selbst ein erheblicher Anteil der Schuld daran entfällt. Wäre die französischen Sozialisten nur in irgendeiner Weise um die Wiederherstellung des Friedens bemüht gewesen, wie die sozialdemokratische Mehrheit in Deutschland, dann hätte die Kriegsmacht in Frankreich sich nicht bis auf dem Höhepunkt steigern können, den sie erreicht hat, dann hätte auch die friedlosste Regierung rechtzeitig einlenken müssen und dem unglücklichen französischen Volk wären Unkummen von Dürren und Hungerernte erspart geblieben. Daß die Mehrheit der französischen Sozialisten nicht den guten Willen für eine ehrliche Verständigungspolitik aufbringen konnte, das belastet sie mit der Mitverantwortlichkeit für das unglückliche Frankreich.

Eine weniger unangünstige Stellung hat die Minorität der französischen Sozialisten, die bekanntlich seit langer schon ihre Bereitschaft zu internationaler Verständigung bekundet hat, sich aber nicht hat durchsetzen können. Sie hat darum auch ein größeres Recht zur Anklage gegen die heutigen und die vorausgegangenen Machthaber Frankreichs, die das Land in das Unheil verwickelt haben, unter dem es heute leidet. Nicht deutlich spricht das auch das Organ L'oeuvre, des Führers der Minorität, der Vorklaire, angeführt der Clemenceau-Strömung. Es schreibt:

Das Kabinett Clemenceau zeigt sich geschwächt aus den Diskussionen hervor, hat die Mehrheit, die durch das durch die Unklugheit erlassene Vertrauensvotum nicht bekräftigt wird. Aber die notwendige Opposition gegen die jetzige Regierung darf aus die Verantwortlichkeit der früheren Regierungen nicht befreien. Der Clemenceau in der Sadgasse ist der Erbe eines Kriegspolitiks, die die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien haben. Selbst der sozialistischen Arbeiter unter Brand und Riobot war das Wort Friede ein erdienter und das Wort Sozialismus Berrat und Verbrechen. Clemenceau hat die Kriegspolitik fortgesetzt, gegen die die sozialdemokratische Minorität unermüdet gekämpft hat. Jetzt helfen wir vor den Realisten. Wir erinnern daran, weil sie gegenwärtig hinter den Kulissen Kombinationen vorbereiten, von denen wir uns nicht verlassen lassen werden. Die französische Bourgeoisie hat ihre Kriegspolitik und Diplomatie gehabt, sie wird die Verantwortlichkeit tragen müssen. Wir verlangen von der sozialistischen Partei, daß sie ihre volle Unabgängigkeit für die kommenden Tage bewahrt. Es ist nicht an ihr, die Fehler der Vergangenheit wieder aufzumachen. Die Arbeiterklasse erwartet andere Dinge von ihr.

Bemerkend wird die französische sozialistische Partei ihre volle Unabgängigkeit nicht können, denn dazu hat die Mehrheit der Partei sich viel zu sehr in die Kriegspolitik der Bourgeoisie verwickelt und sich selbst mit der Mitverantwortlichkeit dafür belastet. Ob sie ihre Unabgängigkeit wird wieder gewinnen können, ist aus eben demselben Grunde noch fraglich. Im Interesse wahren Friedens und der zukünftigen Völkerverständigung wäre es sehr erwünscht, Wähler wäre es wohl nur unter Beileidigung der Führer, die sich so tief in die chauvinistische Kriegspolitik der Bourgeoisie haben hineingelassen. Die Masse der Sozialisten hat dafür eine Verantwortung; wendet sie sich an die Arbeiter, so verlieren die Mehrheitsführer den Boden unter den Füßen und die Kriegspolitik der Regierung ihre wahre Stütze. In bedauern ist nur, daß all die schweren Entscheidungen, die der Krieg über Frankreich gebracht hat, und die schon lange nicht mehr wegzulauende Lasten, das chauvinistische und imperialistische Vorgehen des französischen Kriegsmotivs bilden, der Masse der französischen Sozialisten nicht schon längst die Einsicht beibringt haben, daß

die Sozialisten an die Seite der Friedensfreunde gehören, und daß es ihre Aufgabe ist, tatkräftig für die Wiederherstellung des Friedens zu wirken, nicht aber sich zum Werkzeug eines tollkühnen Kriegspolitiks zu machen, der nur bei den besten Umständen für das Volk in gemäßigter Weise in das ungeheure Unglück hineingetrieben haben.

Erst wenn diese Erkenntnis allgemein wird, ist auch Ausblick, aus der Sadgasse, in die die französische Politik — und Kriegführung hineingeraten ist, herauszukommen. Sofern wir, daß es geschieht, ohne Frankreich vollständig zugrunde gerichtet ist.

Der saubere Plan auf Erhöhung der Getreidepreise.

Aus den Streifen des Ernährungsberichts des Reichstags — also von einer Seite, die als unparteiisch bezeichnet werden kann — ergibt das Berliner Tageblatt über eine beachtliche bedeutende Erhöhung der Getreidepreise, die mittlerweile — wie unsere Leser wissen — vom Kriegsernährungsamt eine laune Zurückweisung erfahren hat. Die erwähnte Zurückweisung ist indes so bescheiden für gewisse Befreiungen, daß wir sie im vollen Wortlaut hier wiedergeben für wert halten. Die Zurückweisung lautet:

Ende dieser Woche findet im Ernährungsamt die entsprechende Sitzung über die Festlegung der Getreidepreise aus der Maßregeln Ernähr. Rat. Von dem Ergebnis derselben hängt es ab, ob eine weitere Preissteigerung für das grundbesitzende Lebensmittel, das Brot, eintritt und ob hierauf die Preise für andere Lebensmittel unangenehm noch oben beeinflusst werden.

Die ernährungsamtlichen Interessenten haben mit belagtem Munde und Gesicht den Boden für weitere Preissteigerungen angebeizt. Aber schon bei der Zusammenkunft am 1. Juni hat man abgesehen. Der Ernährungsamt hat die Preise des Weizen und Roggen zwischen 400 bis 600 Mark. Zur Ergänzung dieser Forderung müssen namentlich die ausländischen Getreidepreise herhalten, insbesondere der der Ukraine, herkömmliche Preise von etwa 800 Mark für die Tonne Weizen. Gegenüber den höheren Getreidepreisen im Ausland verweisen sie jedoch, die höheren Preise für andere Lebensmittel in Deutschland in Vergleich zu stellen. Wir haben doch nicht nur mit Getreidepreisen zu tun, sondern mit dem Gesamtlebensmittelpreis. Diese sind in Deutschland teilweise um 200 bis über 1000 Prozent gestiegen. Wir brauchen nur auf die Kartoffeln zu verweisen, die von 220 bis 250 Mk. auf 6 Mk. gestiegen sind, die Pasteten von 0,90 bis 1 Mk. auf 3 Mk.; die Preise für Gemüse, Obst und sonstigen sind ebenfalls um ganz außerordentlich in die Höhe getrieben worden. Erst durch eine Gegenüberstellung aller Preise des In- und Auslandes kommt man zu einer Bewertung, ob der deutsche Bürger eine mögliche Lebenshaltung zu führen imstande ist, und ob unsere Unabgängigkeit sich mit „geringeren“ Rezerditen behelligen muß. Keines von beiden dürfte zutreffen. Nur bei dem Gesamtlebensmittelpreis, dem Brot, hat Deutschland über eine Preiserhöhung, es dem Volk zu verhältnismäßig billigen Preise abgeben zu können. Das soll nun aber ausnehmend anders werden, und der Bund der Landwirtschaft verlangt energisch darauf hin.

So das Kriegsernährungsamt den Anforderungen der landwirtschaftlichen Interessenten zu widerstehen hat, ist zweifelhaft. Es soll dort die Meinung für eine ganz wesentliche Erhöhung der Getreidepreise vorhanden sein, und zwar zunächst für eine Erhöhung des Grundpreises für Roggen und Weizen und das für außerordentlich hohe Durchschnittspreise. Die durchschnittliche Erhöhung des Grundpreises für die Tonne soll zwischen 35 und 40 Mk. schwanken, die Durchschnittspreise zwischen 80 und 100 Mk. Der Preis für Roggen würde sich demnach von 270 Mk. auf etwa 300 bis 400 Mk. erhöhen, für Weizen von 290 Mk. auf 410 bis 430 Mk. Diesen Preisen muß man die des Fremdes entgegenstellen. Vor dem Krieg stand der Roggenpreis auf etwa 170 Mk., der Weizenpreis auf 190 Mk. Es wäre, falls diese Preise Annahme finden, mehr als eine Verdoppelung der Roggen- und Weizenpreise eingetreten.

Der Preispreis betrug sich im Jahre 1917 in den Städten über 10.000 Einwohner zwischen 41 und 42 Pf. pro Kilo. Kommt die genannte Getreidepreiserhöhung zustande, folgt daraus eine Erhöhung des Brotpreises um etwa 6 bis 8 Pf. pro Pfund, eine Erhöhung des Grundpreises für Roggen und Weizen um etwa 1900 Gramm von 23 bis 31 Pf. Das bedeutet bei einem durchschnittlichen Brotverbrauch von 3000 Gramm für eine durchschnittliche Familie eine jährliche Erhöhgung von 75 bis 100 Mark. Diese Erhöhung ergibt sich aber lediglich aus der reinen Getreidepreiserhöhung. Zuzunehmen dazu höhere Währungsnoten, fordert der Bürger einen Verdienst, kommt das teure ukrainische und rumänische Getreide in Betracht, kann der Preis noch um ein ganz Bedeutendes weiter in die Höhe gehen. Gegenüber einer solchen Erhöhung ist die Frage am Rabe, ob das Kriegsernährungsamt, ob die Reichsregierung, die Verantwortung dafür zu übernehmen bereit ist.

Dieser bedeutendsten Getreidepreiserhöhung stehen andere, sehr unangenehm wirkende Momente entgegen. Am 15. Juni tritt die Erhöhung der Weizenpreise ein, in der Preispolitik ist man bereits bereits beim Abbau der Wände. Die verheerliche Zerstörung der Anstalten der Kriegsernährungsamt durch das Kriegsernährungsamt wird dazu benutzt, um die Höhe zu reduzieren, angeblich, weil durch die Kontrolle die früheren Höhe nicht mehr aufrecht zu erhalten seien. Eine verheerende Destruktion, geringere Höhe, Verletzung des gleichen Maßstabes, höhere Getreidepreise, weitere Destruktion der gesamten Lebenshaltung — ob der Regierung nicht

wenn alle Vorken zu rechnen, die nicht ein getriebenes Wasser von mindestens 65 Jahren erreicht haben; denn bis zu diesem Alter kann ein geübter Mann, wie uns die wissenschaftlichen Kreise, die Kriegswissenschaften und die Gesundheitswissenschaften zeigen, noch arbeiten und leistungsfähig sein. Die meisten Arbeiter sind jedoch durch die Beschäftigung mit den Waffen und durch den gewöhnlichen Arbeiterlohn für ihren Lebensunterhalt zu erhalten, wozu auch die Arbeit und die Gesundheitserhaltung eine wichtige Rolle spielt. Diese Arbeiter sind in der Regel in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert, die die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Gewerkschaften sind in der Regel in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert, die die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Gewerkschaften sind in der Regel in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert, die die Interessen der Arbeiter vertreten.

Deutscher Heeresbericht vom 16. Juni.

Westlicher Kriegsteil.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Schlacht von Meris und südlich von Brégnone wurden englische Zellen, die bei der Schlacht von Meris im letzten Jahre von den Deutschen erobert wurden, wieder besetzt. Die Deutschen haben die Zellen wieder besetzt und die englischen Soldaten sind in die Zellen zurückgezogen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Kleiner Infanteriegefecht auf dem Kampffeld südlich von T. Südlich der Masse wurde ein Gefecht zwischen den Deutschen und den Engländern. Die Deutschen haben die Engländer zurückgeworfen und die Engländer sind in die Zellen zurückgezogen.

Centraler Kriegsteil.
Der Erste Generalquartiermeister, Eidenborff.

Sonderverordnungen.
In Ostpreußen sind die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Verhaftungen.
In dem Reichsregierungsgebäude des Reiches sind die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Österreich-Ungarn.

Österreichische Kabinettsliste.

Wien, 16. Juni. Das Kabinettsmitglied, das die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Eine deutsche Kundgebung.

Wien, 16. Juni. Die deutsche Kundgebung, die die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Verfassung der neuen Verträge.

Wien, 16. Juni. Die Verfassung der neuen Verträge, die die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Schweden.

Volksabstimmung zur Einführung der Verhältnisse für die Schweden.

Stockholm, 16. Juni. Die Volksabstimmung zur Einführung der Verhältnisse für die Schweden, die die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Bulgarien.

Demission des bulgarischen Kabinetts.

Sofia, 16. Juni. Die Demission des bulgarischen Kabinetts, die die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Spanien.

Doll auf spanische Baumwolle.

Madrid, 16. Juni. Die Doll auf spanische Baumwolle, die die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Aus aller Welt.

Ein Genarmeenachrichtener erschossen.

Paris, 16. Juni. Ein Genarmeenachrichtener, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Paris, 16. Juni. Der städtische Nahrungsmittelverkauf, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Der Krieg hat die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen in die gleiche Lage gebracht, wie die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen. Die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Zum Regierungsjubiläum des Kaisers.

Der Kaiser hat die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen in die gleiche Lage gebracht, wie die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen.

Der Kaiser hat die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen in die gleiche Lage gebracht, wie die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen. Die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Der Kaiser hat die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen in die gleiche Lage gebracht, wie die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen.

Der Kaiser hat die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen in die gleiche Lage gebracht, wie die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen. Die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Deutsches Reich.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Deutsches Reich.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Deutsches Reich.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung, der die Angelegenheiten des Reiches in Ostpreußen regiert, ist von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit. Die Mitglieder der Jugendvereine, die in Ostpreußen leben, sind von der Teilnahme an den Kriegsdiensten befreit.

Ein freisinniger Abgeordneter der Eisenbahnerziehung beschuldigt.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 138.

Halle, Montag den 17. Juni 1918.

2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 17. Juni 1918.

Ueberräufiger Gasverbrauch.

Von der Direktion des Gas- und Wasserwerks wird uns geschrieben:

Während der Gasverbrauch in den Wintermonaten die durch die Heizungsanlagen und Bekleidungsarbeiten der zuführenden Stellen, die Sicherstellung des Betriebes von Gasanstalten gesegneten Grenzen nicht überschritten hat, ist seit Eintritt der wärmeren Witterung im April ein Ansteigen des Gasverbrauches über die zulässige Menge hinaus zu beobachten. Die Verbrauchsmenge im Mai d. J. ist bereits auf die Höhe derjenigen im Mai 1916 angewachsen, die angesetzte Einschränkung also in ihrer Wirkung nicht mehr feststellbar. Zeitweise mag die Ueberschreitung der verordnungsmäßig festgesetzten Verbrauchsmenge (90 Prozent des Verbrauchs im Jahre 1916) darauf zurückzuführen sein, daß viele Gasverbraucher immer noch übersehen, daß nicht das Vorwärz, sondern das Aufheizen der Räume die Wärme liefert. An der Gaszufuhr hat diese wohl die Pflicht, mit den für das neue Wirtschaftsjahr zur Verfügung gestellten geringeren Mengen Gasverbrauch nicht ausreichen zu können, den Anlaß gegeben, den ergangenen Einschränkungsbestimmungen neuerdings nicht mehr die bisherige Beachtung zu schenken.

Weiter sind die Stoffanteile an Gas Wasser nicht zu bemessen, um den Anfall an Wärmeenergie beim Gasverbrauch durch ein Mehr in der Form von Kohlen auszugleichen zu können. Die Erzeugung von Kohlen aus Kohlen des Gasverbrauches ist deshalb unrentabel. Das Wasser ist dem Reichsminister für die Stoffverteilung gegenüber gehalten, bestimmte Monatsabgabemengen nicht zu überschreiten. Geht dies doch, so ist, abgesehen von den Folgen der daraus sich ergebenden Gasstoffmangels im Winter, zu erwarten, daß höhere Abgaben seitens des Reichsministers verlangt werden. Als eine solche würde vor allem die stärkste Anwendung der in der Verordnung des Reichsministers für die Stoffverteilung in Frage kommen. Es müßte dann insbesondere in größerem Umfang dazu geschrieben werden, denjenigen Gasverbrauchern, die wiederholt die zulässige Verbrauchsmenge überschritten haben, das Gas zu entziehen. Ferner kann die Einführung von Spritzgasen in Frage kommen, wie sie in unseren Nachbarstädten Leipzig und Magdeburg bestanden bzw. bestehen. Eine solche Einschränkung in der Gasabgabe, die während gewisser Nachstunden jede Gasabgabe — auch die Straßenbeleuchtung — unmöglich macht, greift aber zu außerordentlich scharf ein, da es öffentliche wie in das Privatleben ein, daß alles gestillt solle, um sie zu vermeiden. Es wird deshalb den Gasabnehmern, die den Gasverbrauch über den erlaubten hinaus steigern, im Interesse der Allgemeinheit der ergangenen Anordnungen dauernd die ernstliche Aufmerksamkeit zu widmen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, viel größere Unannehmlichkeiten erdulden zu müssen.

Das Mietseignungsamt Halle.

Die Mieter, namentlich die Kriegserrenten, leiden in der Kriegszeit unter allerlei Mühen. Um ihnen Hilfe zu gewähren, wurden in verschiedenen Großstädten Mietseignungsämter gegründet. Es bezweckt sich so, daß ihre allgemeine Einführung wünschenswert erschien. Diesen Zweck verfolgen auch einige Bundesratsverordnungen. Eine solche vom 15. Dezember 1914 empfiehlt die Errichtung solcher kommunalen oder gemeinnützigen Eignungsämter, die sich zur Aufgabe stellen, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekendarleuhältern und Hypothekengläubigern zum Zweck eines billigen Ausgleichs zu vermitteln. Eine Verordnung vom 26. Juli 1917 erweitert die Wirkung und die Aufgaben der Mietseignungsämter. Sie erleichtert den Eignungsämtern unter anderem die Befugnis, auf Anrufen eines Mieters über die Möglichkeit einer Minderung des Mietzinses, über die Fortsetzung des geschlossenen Mietverhältnisses und die Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der

Fortsetzung zu bestimmen. Es gab den Mietseignungsämtern sogar das Recht, auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Vermieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß der vorhandenen Bestimmungen getroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben.

Es wiederholte Eingaben des Generalratsvorsitzenden konnte sich aber die Stadt Halle nicht dazu aufbringen, nach dem Vorbild der über Großstädte ein Mietseignungsamt auf kommunaler Grundlage zu errichten. Es überließ sich vielmehr. Das es die Verordnung vom 26. Juli 1917 gefordert — die einschlägigen Obliegenheiten dem Amtsrat. Diese Stellungnahme wurde damit begründet, daß das Amt ebenfalls recht wenig in Anspruch genommen hat, es an einem geeigneten Vorhaben sowie an den nötigen Mitteln fehlen würde. Alles recht widersprüchliche Einwände!

Wie hat sich nun insofern das „Mietseignungsamt“ beim Amtsrat in Halle verhalten? Zunächst ist festzustellen, daß man hierbei von „einem“ Mietseignungsamt nicht gut sprechen kann. Das Amtsrat hat nicht, wie man wohl erwartet hätte, für diese Sache eine einheitliche Stelle geschaffen, sondern die Erledigung der einschlägigen Geschäfte den einzelnen Spruchbeiräten übertragen. Die jetzt bestehenden fünf Beiräte sind abgezogen nach dem Anfangsabschluß des zu verlegenden. Kommt also der Mieter und bringt eine Sache vor, so richtet sich die Zuständigkeit zu dem einen der fünf Beiräte, die die Entscheidung trifft. Geht dieser a. B. zum, so ist Abteilung 2, Zimmer 115, aufzusuchen, heißt er Plaus, so ist Abteilung 3, Zimmer 120, aufzusuchen. Auskünfte über die Zuständigkeit gibt der Vertreter der Obersekretär im Zimmer 128. Diese Verfahren muß überdies nicht im Falle der Abwesenheit, haben denn auch in die Frage kommenden Amtsratsmitglieder die Möglichkeit, sich vorzulegen aufgestellt, die nach Möglichkeit eingehalten werden sollen.

Danach können vor dem Mietseignungsamt nicht nur Streitigkeiten zwischen Kriegserrenten und Mietern, sondern alle Mietstreitigkeiten überhaupt angebracht werden, also a. B. auch solche von Hausbesitzern gegen ihre alte oder neue Mieter. Die Streitigkeiten brauchen sich nicht nur auf die Minderung der Mietsumme zu beziehen, sondern können auch die Minderung, die Höhe des Mietzinses (Mietseigerungen), Schadenersatzansprüche und ähnliche Fragen betreffen.

Das Eingehen des Mietseignungsamtes ist davon abhängig, daß keine Aussetzung „unermittelt“ geschieht, also sobald sich ein Streitfall ereignet. Als unermittelt ist ein Zeitraum von Anfangs einer Woche zu verstehen. Es wird dann ein Verhandlungstermin angelegt, zu dem die Parteien persönlich eingeladen werden. Die Verhandlung geschieht mit Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verhandlung findet in der Regel bald, etwa in vier bis fünf Tagen statt.

An der Verhandlung selbst nimmt die Tätigkeit des Eignungsamtes — wie schon dieser Name, sagt — darin zu betreiben. Es hat aber auch das Recht, nach billigem Ermessen Einsetzungen zu treffen; das kommt das seltener vor. Vor der Entscheidung kann es in dringenden Fällen eine einstweilige Verfügung erlassen. Wird die Fortsetzung des Mietverhältnisses angeordnet, so gelten die Bestimmungen des Eignungsamtes als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrages. Es ist aber auch möglich, daß für den Fall des Nichtaufnehmens einer Einigung die Parteien auf den Weg der formellen Klage verwiesen werden. Ein Mangel des Verfahrens — im Gegensatz zu den kommunalen Mietseignungsämtern — besteht darin, daß die Verhandlungen, ohne Zuzugung von Vertretern der betroffenen nicht nur auf Vermietern der Hausbesitzer und Mieter, vor sich gehen. Die beim Amtsratsvorsitzenden überhaupt, so wird hier die eventuelle Einseitigkeit von Amtsratsmitgliedern getroffen. Das Verfahren (die Verhandlung) ist mündlich, und die Parteien können sich nicht mit schriftlichen Eingaben darüber hinwegsetzen.

Kosten entstehen beim Mietseignungsamt nicht; es werden nur die baren Ausgaben des Gerichts (Büro, Schreibgehören, Zeugnisanfragen) wieder eingezogen. Weist betrogen sich die Kosten eines Falles zwischen 1 und 2 M.

Nach Wunsch des Amtsrates ist die Inanspruchnahme des Mietseignungsamtes während der Kriegszeit geringer. Das hat seine Ursache erstens darin, daß die ganze Einrichtung noch recht wenig bekannt ist. Ramentlich die Mieter wissen noch sehr wenig davon. Zweitens liegt auch die ganze Unmöglichkeit des Amtsrates und der „Helfer“, den viele vor diesem haben, dazu bei, daß das Mietseignungsamt in der hiesigen Welt nicht populär wird. Will man deshalb nicht wie bei der Fortsetzung betreiben, daß das Mietseignungsamt zu einer einfachen und verständlichen kommunalen Einrichtung gemacht wird.

Das Volksblatt hat am Sonnabend nach dem Urteil in der Angelegenheit Mandelberger gegen den Gefassen bezw. gegen den Gefassen, weil dieser in einer längeren Darstellung des gesamten Kampfes und Volksblatt bezüglich Unvollständigkeit wiedergegeben haben soll, und von sehr nervösen Mitteilungen über die bereits eingeleiteten Verhandlungen zur Klärung des Gesellschaftsregisters entsprechend dem eben ergangenen Urteil, wonach Klänge und Meinungen die statutarischen Voraussetzungen als Zeilhaber des Volksblattes nicht mehr bestehen. Uns interessieren an den genannten Auslassungen, die eine volle Seite füllen, lediglich die Bemerkungen des Volksblattes zum Urteil. Denn nach der Vorarbeit schreibt, das geht uns nichts an, da wir nicht beantragt, was wir selber bringen; und in bezug auf die andere Sache können wir ruhig den Verlauf der Dinge abwarten. In den Mandelberger zum Urteil wird gundstlich montiert, daß sich das Gericht an die Tätigkeit der beiden freitenden Parteien halte, „was es sich doch nur um einen Rechen und um einen einzigen Beschäftigten seiner Verwaltungshandlung“. Das ist eben nach unserer Meinung ein ganz fundamentaler Irrtum. Die Volkspartei Parteigängerin ist kein selbständiger Körper, vielmehr gehört sie der deutschen Gesamtorganisation an, empfängt und erhält ihr Leben lediglich durch die Zusammengedrängtheit mit allen übrigen Organisationen in den einzelnen Orten und Wahlkreisen. Wer sich uns anschließen will, der muß bei allen Mitglied der sozialdemokratischen Partei werden, und nur aus praktisch-organisatorischen Gründen bezieht er seine Anmeldung bei der Organisation am Wohnort. Das gilt schon für gundstlich Fälle, gilt aber, wie auch, wenn eine Ortsorganisation auf den Gedanken kommt, sich von der übrigen, richtig, wenn das Urteil sagt: „Was auch im § 16 der Satzungen des alten Vereins die Möglichkeit einer Satzungsänderung gegeben sein, so bezieht sich diese Bestimmung offensichtlich nicht auf das Aufheben des der Partei und den Ueberrücktritt zu einer anderen Partei. Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist aber, mag sie auch in vielen Fragen mit der alten Partei übereinstimmen, eine neue Partei, welche die alte Partei vielfach überflüssig macht. Ein Parteiausbruch nach dem Urteil ist dem alten Vereins nicht vorgeschrieben. Sollte trotzdem ein solcher Beschäftigt der Wirkung herbeigeführt werden, daß der Verein fortbesteht, so gebührt dem (vergl. § 33, 708 BGB.) die Zustimmung aller Mitglieder.“ Immerhin orientiert das Volksblatt, daß die Mandelberger nicht als die alte Partei betrachtet werden dürfen, nachdem angeblich unsere Parteileitung vom alten Teile abgewichen ist. Nun, erstens kann jede Seite des ganzen Streites schließlich zum Gegenstand einer gerechtfertigten Prüfung gemacht werden, denn hier ist allein das Statut maßgebend; zweitens aber steht dieser Behauptung die unsere vom Gegenteil gegenüber, wobei alles für uns spricht. Ueberhaupt sollte das Volksblatt sehr vorsichtig mit solchen Behauptungen sein, die auch dadurch nicht richtig werden, daß man sie häufig wiederholt. Würde eine Redaktion solcher auch gegenüber der anderen Seite gewesen, hätte sie nicht immer eine gar zu engergehaltene Politik getrieben, dann brauchen wir heute nicht so gegeneinander losgehauen, zum Schaden der gemeinsamen Sache, — auch im Sinne der „Volkspartei“. Das alles können wir nicht zugehen, daß die Mandelberger des Volksblattes das Parteigründungsrecht zu erklären vermöchte. Alle Logik und Vernunft spricht eben für uns, selbst wenn wir in der Kinderzeit sind.

Das einem Streitgespräch, der jetzt am hiesigen Landgericht verhandelt werden ist, berichten bürgerliche Blätter: Frau Anna Seebacher, Arbeiterin in der Chemischen Fabrik Ammendorf, war wegen Aufhebung zum Streit vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt, wogegen sie Berufung eingelegt hat. Der auch die Amtsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt, weil die Angeklagte nicht über die Monate Gehörnis beantragt hatte. Die Angeklagte nahm in der heutigen Hauptverhandlung vor der Strafkammer ihre Berufung zurück, die Staatsanwaltschaft hielt die Berufung der Amtsanwaltschaft jedoch aufrecht. Die Beweisnahme ergab, daß die S. am 23. Januar im Speisestube der Chemischen Fabrik Ammendorf andere Arbeiterinnen des Gehörnis in einem Streit eintraten; sie hatte dabei gefogt, sie wolle „leben, Freiheit und Recht“, „wer nicht mitmacht, fesselt seine“. Die Angeklagte sagt heute aus, sie sei selbst von Arbeiterinnen

Handel und Wandel.

Von F. W. Gatländer.

So ungefähr sprach der Buchhalter mit mir und warf meine Begriffe flüchtig durcheinander; daß man nur etwas Freiprodukt aussetzen soll, ohne das Geschäft zu verlassen, konnte aber keine Berechtigung finden gegenüber der Liebe, die man zu Gott haben soll, und zwischen der Liebe zu einem Wibe, das ich in mir aufsteille und ihm doch nicht gleich. Ich bemerkte diese Zweifel meinem Lehrer und sagte ihm offenherzig, daß ich gegen ein höchstes Wesen nach einem Wibe, wie man es gewöhnlich von ihm macht (ein alter, erster, ja gorriger Mann, mit langem Bart, der auf den Wetterwolken erschrickt), unmöglich eine Neigung lassen könne, wie er sie in diesem Falle verlangte. Herr Specht lächelte nach, erhob den Blick gegen Himmel und ich mußte ihm das Hobeitel Salomonis vorlesen.

„Er Risse mich mit dem Fuß seines Mundes, denn deine Brüste sind lieblich, denn Wein.“

Der Buchhalter schenkte sich in keinen Stuhl zurück und schloß die Augen, während ich ihm vorlas, mir aber machte diese Lesart viel zu schiefen, und wenn sie auch sonderbare Witze in meine Phantasie warf, so leuchteten sie mir doch nicht auf dem dunkeln Wibe, den ich betrete. Bei vielen Stellen nicht der Herr Specht mit dem Kopfe und mancher mußte ich ihn stornieren lassen.

„Siehe, meine Freundin, du bist schön, schön bist du, deine Augen sind wie Zauberkugeln.“
Wie eine Wabe unter den Dornen, so ist meine Freundin unter den Rächtern.
Nimm, meine Braut von Dornen, komm von Dornen.
Du hast mir das Herz genommen, meine Schwester, liebe Braut, mit deiner Augen einen und mit deiner Gals, fetter einer.“

Als ich zu Ende gelesen hatte, erlaubte ich mir die schändliche Frage, die mir diese Zweifel Karmachen sollte: „Hat denn König Salomon mit der Liebe, von der er in seinem Gebenken von einer Freundin und Braut spricht, die Liebe zu Gott und der Kirche gemeint?“ — eine Frage, die mir der Buchhalter nicht geradezu beantwortete.

„Lesen Sie“, sprach er mit seltsamen Lächeln, „lesen Sie

dieses vortreffliche Lied häufig durch, sprechen Sie in diesen schönen glühenden Strophen zu einem Wibe, das Sie verehren wollen, und das andere wird sich finden.“

Ich tat, wie mir Herr Specht anbefohlen, und obgleich ich in der ersten Zeit nicht von dem verprochenen Lichte merkte, so gewann ich doch durch die geheimnisvollen Worte, die mir freundlich anklangen, die Lehren des Buchhalters lieb und folgte mit gläubigem Vertrauen durch die Irrgänge seiner unverständlichen Reden.

30.

Das Wibe meiner Anbacht.

Ich war nun, dank der Freundlichkeit meiner Prinzipalin, vollkommen und aufs beste ausgestattet und konnte mich überall sehen lassen. Es war ein ganzer Tisch voll Sachen, die mir der Schneider und die Näherin gebracht hatten, und als ich gegen Madame Sieglist meinen Dank ausdrückte, konnte ich mich nicht enthalten, zu bemerken, daß ich doch mit einiger Angst den Momente entgegenzöge, wo mir die Anordnungen all der Gegenstände vorgelesen würden. „Dank Er nicht davon, erwiderte die Frau mir, und bestimmt, „nehm Er sich vielmehr mit allem Fleiß, wie bisher, seines Hauptbuses an, und vergesse Er es nie, daß ich es ihm an demselben Tag übergeben.“

So begann der Winter, das Frühjahr kam, es wurde Sommer, wieder Herbst und ich konnte mir mit Stolz rühmen, in dem verflohenen Jahre etwas Neues Lichtiges gelernt zu haben. Der Prinzipal war während dieser Zeit noch erfinder und mürrischer geworden als früher, und zuletzt kam er nur noch des Morgens eine Stunde auf das Kontor bis zum Mittagessen und abdam verstand er für den Rest des Tages. Meine Beduene beim Bettler sagte ich fleißig fort und brachte alle meine Briefchen in dem lieben Sinne zu. Der Professor war erlaucht, und freudig mit mir, als es seine erste Natur erlaubte, seine Frau besuchte mich wie einen Sohn und die kleine Emma hatte sich in dem vergangenen Jahre merkwürdig geändert, wie es im Liebe heißt:

„Sie war ein Kind, wo wenig Tagen.
Sie ist es nicht mehr, was ich mein.“

So war auch Emma aus dem Kinde zu einer Jungfrau aufgewacht, ohne daß es jemand bemerkt hätte; ihr ruhiges verständliches Wesen war sich gleichgeblieben, als Kind war

sie nicht ausgelassen lustig gewesen und sie brauchte sich deshalb als Jungfrau nicht anders zu benehmen. Aber schon vor das Mädchen, das mußte ihr jeder eingestehen, nämlich hatte sich ihr Kares, fast übergroßes Auge mit dem konnen, sinnigen Ausdruck noch ungewisser und war mit dem übrigen Gesicht in ein richtiges Verhältnis getreten. Früher dominierten diese Augen, jetzt waren sie nur noch eine angenehme Zugabe zu dem lieben Ausdruck des Gesichts. Die Augen im Speisestube der Chemischen Fabrik Ammendorf andere Arbeiterinnen des Gehörnis in einem Streit eintraten; sie hatte dabei gefogt, sie wolle „leben, Freiheit und Recht“, „wer nicht mitmacht, fesselt seine“. Die Angeklagte sagt heute aus, sie sei selbst von Arbeiterinnen

Ich hatte nun so weniger Lust, dem Herrn Specht in dieser Beziehung den Namen meiner Nichte Emma zu nennen, als derselbe schon mehrmals den Wunsch ausgesprochen, meinen Bettler und seine Freunde kennen zu lernen. Und gerade jetzt erfuhr er mich, bringender darum als je. Ich konnte nicht mehr entkommen und betraucht ihm, meinen Bettler von seinem Wunsch in Kenntnis zu setzen.

Dies tat ich bei meinem nächsten Besuch, und so meine Vertrauten glauben mochten, es könne mir von Nutzen sein, wenn sie das Faktotum des Hauses freundlich behandeln, so wurde mir erlaubt, ihn mitzubringen. Der Bettler war bei diesem Besuche ernst und gewissenhaft, seine Frau artig, wie es sich gehörte, und Emma bedächtige sich wie gewöhnlich mit mir.

„Sie sind ein glücklicher Bettler“, sagte der Herr Specht auf dem Heimwege zu mir, „ich muß Ihnen gestehen, ich habe lange nicht ein so schönes Mädchen gesehen, wie Ihre Nichte Emma ist.“

(Fortsetzung folgt.)



